

Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik

Antrag zu den ökonomischen Leitlinien moderner Entwicklungspolitik

Das Ziel: Entwicklung mit Verantwortung

„Armut bekämpfen – Frieden sichern und Demokratie verwirklichen – Globalisierung gerecht gestalten – Umwelt schützen“: So formuliert das BMZ die Leitlinien, nach denen Deutschland zur Verwirklichung der Millenniumentwicklungsziele beitragen soll. „Strategien fortentwickeln, Zusammenhänge erkennen, Schwerpunkte setzen“: In diesem Dreischritt soll die Auswahl und Ausrichtung der Projekte erfolgen, die Deutschland mit staatlichen Geldern unterstützt.

Dabei hat der Staat im Rahmen des Möglichen sicherzustellen, dass die durch ihn finanzierten Interventionen wirken und langfristig zur Unabhängigkeit der Empfänger von weiteren Hilfen beitragen, anstatt Abhängigkeiten herzustellen oder zu verfestigen. Gegenüber den Steuerzahlern ist er darüber hinaus dafür verantwortlich, dass mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln eine möglichst große Gesamtwirkung erreicht wird: Gerade im chronisch unterfinanzierten Bereich der Entwicklungszusammenarbeit muss effiziente Ressourcenallokation das Ziel sein. Notwendig hierfür ist die Verstärkung der marktwirtschaftlichen Dynamiken des Dritten Sektors.

Der Weg: Solidarität und Subsidiarität

Staatliche Gelder sind nur ein Teil des Kapitals, das innerhalb Deutschlands zur Finanzierung von Entwicklungshilfe insgesamt zur Verfügung steht: Stiftungen, Unternehmen, Nonprofit-Organisationen (NPOs) und private Spender sind aus der deutschen Entwicklungspolitik nicht wegzudenken. Um die Maximierung ihrer Gesamtwirkung zu ermöglichen, müssen staatliche Interventionen mit der Arbeit nichtstaatlicher Kapitalgeber abgestimmt sein: Nur wo keine privaten Geldgeber zur Verfügung stehen oder der Staat gegenüber Privaten einen komparativen Vorteil hat, ist der Staat als Geldgeber berufen. Dieses Grundprinzip christlich-demokratischer Politik muss auch im Entwicklungsbereich gelten. Auch die Finanzierungskonkurrenz zwischen Entwicklungszusammenarbeit und anderen wohltätigen Zwecken ist in die staatliche Strategie einzukalkulieren: Private Geldgeber haben oft einen bestimmten Betrag zur Unterstützung wohltätiger Zwecke zur Verfügung und können ihre Mittel wahlweise für die Entwicklungszusammenarbeit oder für andere Zwecke einsetzen. Damit ist Teil einer erfolgreichen deutschen Entwicklungshilfestrategie auch, die Funktionsfähigkeit des Dritten Sektors insgesamt zu gewährleisten.

Die Maxime: Effizienz durch Transparenz

Es ist Aufgabe des Staates, auch im Dritten Sektor die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ineffiziente Anbieter wohltätiger Interventionen, die Kapital nachfragen, aus dem Markt ausscheiden. Dies bedeutet insbesondere, die Messung und Beobachtung von Resultaten zivilgesellschaftlicher

entwicklungspolitischer Interventionen voranzutreiben und dafür zu sorgen, dass Erfolge und Misserfolge adäquate Reaktionen hervorrufen. Denn wie andere Märkte kann auch der Dritte Sektor nur dann funktionieren, wenn die weitreichende Verfügbarkeit von Informationen über die Tätigkeiten der Marktteilnehmer garantiert ist.

Mit der Schaffung des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) Ende 2012 ist Deutschland dem internationalen Trend zur Wirkungsanalyse sozialer Interventionen gefolgt und hat einen Schritt hin zu durchgehend wirkungsorientierter Entwicklungszusammenarbeit unternommen. In einem nächsten Schritt sollte sich Deutschland nun auch in den internationalen Diskurs verstärkt einbringen, in welchem gerade der Bereich des *Impact Investing* und die Methode der *Randomized Controlled Trials (RCTs)* Gegenstand kontroverser Debatten sind. Daher sollte das BMZ unter anderem anstreben:

- Eine Mitgliedschaft im *Global Impact Investment Network (GIIN)*, welches mit den *Impact Reporting and Investment Standards (IRIS)* ein den IFRS vergleichbares System zur Messbarmachung des sozialen und ökologischen Einflusses von Unternehmen und NPOs vorantreibt; sowie
- Eine Beteiligung des DEval an den Forschungsarbeiten und Evaluationen des *Abdul Latif Jameel Poverty Action Lab (J-PAL)*, das die Wirksamkeit von Entwicklungsinterventionen anhand von RCTs erforscht.

Im Sinne der internationalen Vergleichbarkeit bereits vorhandener Daten zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit und der Verbesserung der Informations- und Kapitalströme im Dritten Sektor sollten ferner erwogen werden:

- Die Beteiligung Deutschlands an der *International Aid Transparency Initiative (IATI)*;
- Die Förderung von transparenten (Online-)Vermittlungsplattformen, auf denen Kapitalgeber und Kapitalnehmer im Dritten Sektor zusammenfinden können (z.B. im Wege eines Innovationswettbewerbs); und
- Die rechtsformunabhängige Verpflichtung als gemeinnützig anerkannter Organisationen zur Offenlegung ihrer Mittelverwendung.

Die Umsetzung: Kontrolle und Vertrauen

Neben der mittel- bis langfristigen grundlegenden Verankerung der Wirkungsmessung nach vereinheitlichten internationalen Standards auch in Deutschland können alle staatlichen Akteure im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ab sofort dafür sorgen, dass ihre Mittel einen höheren Wirkungsgrad erreichen. Gerade auf Länderebene sind hierbei von besonderer Bedeutung:

- Die Anknüpfung der Mittelvergabe an die Darlegung einer plausiblen *Theory of Change*, die nicht nur Input und Output einer Organisation bzw. eines Projekts, sondern gerade auch deren erwarteten Einfluss (*Impact*) auf ein Ziel (*Outcome*) darlegt;
- Die Orientierung der Mittelvergabe am möglichst präzise geschätzten Erwartungsnutzen eines Projekts, dem Ergebnis der Operation (Nutzen * Erfolgchance / Kosten); und
- Die Umstellung (1) der Förderbedingungen von kurzfristiger Mittelvergabe ohne Tragung der Organisationskosten auf längerfristige Mittelvergabe mit Tragung im Vorhinein offen- und festgelegter Organisationskosten und (2) der Berichtspflichten von jährlichem Bericht angeblicher Erfolge zu kooperativer Evaluation relevanter Ergebnisse.

Fazit

Moderne Entwicklungspolitik hat zum Ziel, sich durch gezielte Interventionen langfristig selbst überflüssig zu machen. An ihre Erfolgsmessung legt sie marktwirtschaftliche Standards an, ohne die Besonderheiten des Dritten Sektors zu vernachlässigen. Von den Mittelnehmern fordert sie rigorose Transparenz, um sie im Gegenzug mit erhöhter Planungssicherheit zu fördern.

Durch ihre Effizienzorientierung verleiht moderne Entwicklungspolitik christlichen Werten maximale Wirkungskraft.

Daher beantragen wir, dass sich die Hamburger Bundestagsabgeordneten, die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft und die Gremien der CDU Hamburg unter der Einbindung des Landesfachausschusses Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik noch intensiver dafür einsetzen, dass Deutschland auf nationaler Ebene durch Gesetzgebungs- und Transparenzinitiativen einen leistungsfähigen Markt für wohltätiges Kapital schafft, oben aufgeführte entwicklungspolitische Themen deutlicher in den Fokus rückt und darüber hinaus auf internationaler Ebene u.a. durch Forschungs- und Innovationsförderung eine Führungsrolle im entwicklungspolitischen Diskurs übernimmt.

Antragssteller

Marcus Tanddecki
(Vorsitzender Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Marco Schrader
(Stellv. Vorsitzender Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Yvonne Gerbl
(Stellv. Vorsitzende Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Jürgen Klimke MdB
(Mitglied u.a. im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Bundestags)

Tobias Lücke
(Leiter Arbeitsgebiet Internationaler Terrorismus im Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Corinna Coupette
(Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)